

Auszug aus: Isabelle Stengers: *Wem dient die Wissenschaft?* Aus dem Frz. von Bernd Wilczek. München: Gerling Akademie Verlag 1998, S. 106-110.

(106) C. Utopie

Sowohl im Fall der Drogenpolitik als auch in dem von Aids muß man natürlich unterscheiden zwischen der konkreten Lösung der Probleme und dem Prozeß, der zu einer Lösung führen kann. Ich interessiere mich in erster Linie für den Prozeß, denn vor diesem Horizont lassen sich Verbindungen herstellen – etwa zwischen den beiden genannten Fällen einerseits und innovativen, konstruktiven Verfahrensweisen andererseits –, während die Wissenschaften analytisch trennen. Darüber hinaus ist ein solcher Prozeß mit einem Demokratieverständnis verbunden, das sehr viel anspruchsvoller ist als das gegenwärtig vorherrschende. Es ist fast ausschließlich von den beiden Aspekten Meinungsfreiheit und Wahlen geprägt.

Wenn wissenschaftliches Handeln vertrauenswürdig ist, wenn die Vereinigung von Betroffenen dazu beitragen, daß rationaler mit der Drogen-, bzw. der Aidsproblematik umgegangen wird, dann verdankt sich dieser Umstand nicht etwa der herrschenden Meinungsfreiheit oder der Möglichkeit, daß die Menschen für die eine oder andere Lösung »stimmen«. In all diesen Fällen haben wir es weder mit einem Mehrheitsbeschluß noch mit einem Zusammenschluß individueller Meinungen zu tun, sondern mit der Entstehung aktiver Minderheiten. Diese Minderheiten erheben nicht den Anspruch, zur Mehrheit zu werden, sondern »einen Unterschied zu markieren«, die eigenen Kriterien (107) und Interessen in eine bestehende Problematik miteinzubringen. Wenn die Frage gestellt werden kann, inwiefern eine bestimmte Beweisführung für einen von Belang ist, dann kommt damit weniger eine Meinung zum Ausdruck als vielmehr die Existenz eines »Wir«, eines Kollektivs, das über seine eigenen Handhaben, seine eigenen Forderungen verfügt. Ich würde zu behaupten wagen, daß sowohl das, was wir als Rationalität als auch das, was wir als Demokratie bezeichnen, sich immer dann weiterentwickelt, wenn es zur Entstehung einer Gruppe kommt, in der sich Menschen zusammenfinden. Von diesen Menschen meinte man bis dahin, daß man ihnen keine Beachtung schenken müsse. Genauer gesagt, zu Fortschritten kommt es immer dann, wenn das Selbstverständnis einer solchen Gruppe nicht auf einer fest umrissenen und überheblichen Identität basiert. Es sollte im Gegenteil auf dem Bewußtsein vom Risiko der Existenz basieren. Darüber hinaus sollte sich die Gruppe als Träger neuer Forderungen verstehen, die das Leben der Gemeinschaft erschweren. Sie sollte die Gemeinschaft daran hindern, jemals wieder das zu verschweigen, was nach wie vor als etwas »Nebensächliches« angesehen worden wäre, das sich »irgendwann von ganz allein geregelt« hätte, wenn diese Gruppe nicht entstanden wäre.

Unter diesem Blickwinkel wäre die wichtigste Forderung einer wirklich demokratischen Gesellschaft dieselbe wie diejenige in bezug auf den Prozeß, in dessen Verlauf es zu einer wahrhaft rationalen Erarbeitung von Antworten auf Fragestellungen kommt, mit denen sich diese Gesellschaft auseinandersetzen muß. Für die Qualität unserer Kenntnisse, für deren Fähigkeit, auf der Höhe derjenigen Wirklichkeit zu sein, auf die sie sich beziehen, gäbe es in folgedessen nur ein einziges Kriterium: daß alle diejenigen sich aktiv dafür interessieren, die über die Möglichkeit verfügen, einer Dimension dieser Wirklichkeit Geltung zu verschaffen; alle diejenigen also, die dazu beitragen können, daß das (108) Problem, mit dem wir »die« Wirklichkeit konfrontieren, die vielfältigen Forderungen berücksichtigt, die diese Wirklichkeit an uns heranträgt. Sobald das Wissen der anderen nicht die Kraft zur Innovation, zur Schaffung neuer Probleme aufweist, sobald kein Wissen mehr ausgebildet würde und es der Unterwerfung unter die Macht weiche, lebten wir dementsprechend nicht mehr unter demokratischen und rationalen Verhältnissen. Und das im Namen des Gemeinwohls, das angeblich über die Einzelinteressen hinausgeht, im Namen der Rationalität, von der man glaubt, daß jede Anschauung hinter sie zurücktreten würde.

Demokratie und Rationalität würden sich also durch ein und dieselbe Forderung auszeichnen: die Entwicklung von Prinzipien, die den Menschen die Möglichkeit bieten soll, sich für dasjenige Wissen zu interessieren, das für sich den Anspruch erhebt, den Menschen den Weg in die mit Hilfe dieses Wissens entworfene Zukunft zu weisen. Darüber hinaus zwingen diese Prinzipien besagtes Wissen dazu, sich darzustellen und seine Entscheidungen, seine Stichhaltigkeit, die von ihm bevorzugt behandelten genauso wie die von ihm vernachlässigten Fragestellungen offenzulegen.

Meine Ausführungen mögen ziemlich idealistisch wirken, weil das alles letztlich darauf hinauslaufen würde, von denjenigen, die den Anspruch erheben, über das Wissen zu verfügen, zu verlangen, daß sie um so mehr Arbeit auf sich nehmen. Sie müßten sich zu um so größerem Scharfblick und Aufklärung verpflichten, je langlebiger ihr Wissen zu sein verlangt und je nachhaltiger es für sich beansprucht, am Entwurf der gemeinsamen Zukunft beteiligt zu sein. Das ist gleichbedeutend mit der Forderung, daß die Mächte – zumindest diejenigen, die sich als demokratisch legitimierte verstehen – die Entwicklung von Prinzipien fördern, die die betroffenen Menschen dazu in die Lage versetzen, die Ausübung der jeweiligen Mächte zu erschweren. Aber auch wenn es sich insofern um eine Utopie handelt, als sie sich (109) nicht unmittelbar verwirklicht, so halte ich doch daran fest, daß es sich nicht um eine »falsche« Utopie handelt, die von den Menschen verlangen würde, sich grundsätzlich zu verändern, zu interessenlosen oder altruistischen »Engeln« zu mutieren.

Und in dieser Hinsicht ist das Beispiel der Wissenschaften so wichtig: Wenn die Wissenschaftler dynamisch und innovativ sind – das Maß, in dem sie es sind, hierin miteingeschlossen –, so erklärt sich dies aus folgendem Umstand: Aufgrund des Systems, dem sie angehören – des Labornetzes, der Kollegen –, besteht für jeden von ihnen die Notwendigkeit, sich nicht darauf zu beschränken für sich allein recht zu haben. Sie müssen vielmehr buchstäblich zur Entwicklung von Möglichkeiten gezwungen werden, mit deren Hilfe sich eine Verbindung zu den Argumenten der anderen herstellen läßt. Der Wissenschaftler als Individuum, das über persönliche Anschauungen verfügt, ist wirklich nichts Besonderes. Sein Wissen hat nichts zu tun mit der allgemeinen und wunderbaren Öffnung dem anderen gegenüber, mit der intersubjektiven Suche nach dem, was jenseits aller Unterschiede einen Einklang herzustellen vermag. Würde er nicht dazu gezwungen, brächte er den Argumenten der anderen keinerlei Interesse entgegen. Das Wichtige jedoch ist, daß die Verpflichtung, sich nicht auf die eigenen Argumente zu beschränken, sondern sich auf die anderen zu beziehen und ihr Interesse wecken zu müssen, um der eigenen Darstellung ein möglichst großes Gewicht zu verleihen, in diesem Fall eher wie ein positiver Zwang wirkt. Sie ist weniger eine Beschränkung, die man nur als Engel oder Held akzeptieren muß. Dieser Zwang ist der Grund für die Dynamik der Wissenschaften, insofern sie dazu imstande sind, neue Interessen zu wecken, die sowohl die Tragweite als auch den Gehalt des Wissens von jedem einzelnen fortwährend verändern. Darüber hinaus ist er der Grund für die Dynamik der technischen und industriellen Neuerungen. Die Pflicht, (110) sich einer Prüfung durch die Interessen und Kriterien der anderen auszusetzen, kommt jedesmal dann zur Geltung, wenn ein Wissenschaftler versucht, jemand anderen (Kollege, Unternehmer, Geldgeber), von dem sowohl der Gehalt als auch die Relevanz seiner Darstellung abhängen, für diese zu interessieren. Zudem kommt sie jedesmal dann zur Geltung, wenn eine technische oder industrielle Neuerung die Vielzahl der Zwänge, Forderungen und Verpflichtungen, von denen der Erfolg abhängt, miteinbeziehen muß.

Demzufolge ist der Abstand zwischen der von mir skizzierten Utopie und der heutigen Situation nicht so groß, daß sie nur mittels einer radikalen Veränderung des Menschen zu überwinden wäre. Sie beschränkt sich darauf, auf eine klein wenig andere Art und Weise das darzustellen, was häufig als eine dramatische Kluft beschrieben wird, die unsere modernen Gesellschaften beherrscht: die Kluft zwischen der wunderbaren Dynamik der wissenschaftlich-technisch-industriellen Neuerungen, die unsere Gesellschaften einem immer schnelleren Wandlungsprozeß unterwerfen, und dem fast vollständigen Fehlen gesellschaftlicher Neuerungen. Dieses zeichnet sich dadurch aus, daß die Menschen den Wandlungsprozeß über sich ergehen lassen. Ich behaupte, daß die Kluft nicht notwendigerweise der Anlaß zu »tiefschürfenden Überlegungen« in bezug auf das Schicksal der Menschen oder die Tragödie der

Moderne sein muß. Sie enthält nämlich eine politische Problematik: Es ist die Unterscheidung zwischen denjenigen, für die aufgrund der für ihr Tun maßgeblichen Prinzipien ein Zwang zur Neuerung besteht, und denjenigen, die sich durch die Freiheit auszeichnen, lediglich eine Anschauung formulieren zu müssen. Letztere geraten niemals in die Situation, Voraussetzungen und Konsequenzen, die sich hierdurch für sie ergebenden Verpflichtungen, die durch sie zustande kommenden Verbindungen oder durch sie sich ergebenden Möglichkeiten darlegen zu müssen.